

Vorbereitende Sitzung zur Gründung einer Fachgruppe für Gedenkstätten im International Council of Museums

EIN KURZBERICHT

Jan-Erik Schulte

Am 31. Januar 2001 fand in den Räumen der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin eine vorbereitende Sitzung zur Gründung einer internationalen Fachgruppe für Gedenkstätten im International Council of Museums (ICOM) statt, wozu im Dezember 2000 eingeladen worden war. Zu Beginn der Tagung erläuterte Wulff E. Brebeck, Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, kurz sein bereits an deutsche und internationale Gedenkstätten verschicktes Plädoyer für die Errichtung einer ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten. (Das Plädoyer ist im Internet im GedenkstättenForum unter der Rubrik NetzwerkForum abzurufen.) Er betonte den besonderen Charakter der Gedenkstätten als »Historical Museums of a new type« und wies auf die herausragende Bedeutung von internationalen Kooperationen hin. Speziell für NS-Gedenkstätten stellten sich zahlreiche Probleme, die nur im internationalen Kontext gelöst werden könnten.

Im Anschluss an sein Plädoyer kam W. E. Brebeck auf bislang formulierte Einwände zu sprechen. Die Mehrzahl der schriftlich eingegangenen Stellungnahmen beschäftigte sich mit dem Inhalt und Begriff »Memorial Museums for Public Crimes against Humanity«. Herr Brebeck wies darauf hin, dass er eine erweiterte Definition unterstützen würde, die z.B. Einrichtungen, die die Verfolgung wegen sexueller Orientierung oder Geschlecht dokumentierten, einbezögen. Die Besorgnis, daß eine ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten politisch missbraucht werden könnte, sah er nicht. Vor allem die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass auf einer fachlichen, eng umgrenzten Ebene auch erfolgreich mit Einrichtungen zusammengearbeitet werden könnte, die nicht in demokratisch verfassten Staaten lägen.

Nachdem W. E. Brebeck die Zielsetzung und Aktivitäten einer ICOM-Fachgruppe erläutert hatte, wurde die Diskussion eröffnet. Sie konzentrierte sich vor allem auf zwei Punkte: (1) Wie weit oder wie eng darf eine Definition von »Memorial Museums for Public Crimes against Humanity« sein und (2) kann eine ICOM-Fachgruppe propagandistisch missbraucht werden.

Die Diskutanten befürchteten, dass bestimmte Einrichtungen, wie jüdische Museen, deren Schwerpunkt nicht die Dokumentation des Holocaust ist, ausgeschlossen würden, oder dass bei einem Einschluss verschiedenster Gedenkstätten aus unterschiedlichen historischen Kontexten kleinere Einrichtungen ihre speziellen Probleme nicht würden artikulieren können. Es wurde von einem Teilnehmer darauf hingewiesen, dass sowohl eine Diskussion über den Gedenkstättenbegriff als auch über die organisatorische Verfassung in Deutschland noch nicht abgeschlossen sei. Daher wäre die Einladung zu dieser vorbereitenden Sitzung überraschend gekommen. Der Begriff des Memorial Museums sei nicht passend; gegen die Historisierung und Musealisierung von Gedenkstätten wurde sich ausgesprochen. Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass bei unbeschränkter Zutrittsmöglichkeit zur Fachgruppe diese ein Forum für Staaten

bieten könnte, die die gemeinsamen Prinzipien der Fachgruppe »Public Crimes against Humanity« von Gedenkstätten zum Themenkomplex nicht teilen.

Auf Nachfrage wurde erläutert, dass bei der gegenwärtigen Struktur des Internationalen Museumsrates alle ICOM-Mitglieder Zugang zu allen Fachgruppen hätten. Einzelne Mitglieder könnten nicht ausgeschlossen werden. Allerdings müssten sich die Mitglieder der Satzung der jeweiligen Fachgruppe unterwerfen. Die Befürchtung, dass die Fachgruppe als politisches Forum genutzt werden könnte, blieb bestehen.

Trotz der nicht vollständig ausgeräumten Bedenken befürwortete die Mehrzahl der Anwesenden den Versuch, eine ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten zu gründen. Allerdings sollten die politischen Implikationen beachtet und deshalb umsichtig vorgegangen werden.

Am Schluss der Sitzung wurde eine Arbeitsgruppe benannt, die das Grundsatzpapier überarbeiten, eine Satzung erstellen und erste Verhandlungen mit dem International Council of Museums aufnehmen soll. Zur Mitarbeit erklärten sich bereit: Suzanne Bardgett, Wulff E. Brebeck, Bettina Bouresh, Wesley A. Fisher, Thomas Lutz und Avner Shalev. Die Arbeitsgruppe wurde aufgefordert, weitere Gedenkstätten, wie das GULAG-Museum in Perm oder das Apartheid-Museum in Südafrika, für eine Mitarbeit zu gewinnen. Über die Ergebnisse der Sitzung soll möglichst umfassend informiert werden.

Anwesende

Uwe Bader – Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Suzanne Bardgett – Imperial War Museum, London
Bettina Bouresh – Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland
Wulff E. Brebeck – Kreismuseum Wewelsburg
David Cesarani – University of Southampton
Shulamit Imber – Yad Vashem, Jerusalem
Wesley A. Fisher – United States Holocaust Memorial Museum, Washington
Manfred Grieger – Volkswagen AG/Unternehmensarchiv, Wolfsburg
Herr van der Heijden – National Institute Victims of War, Utrecht
Rachel Kostanian – Jüdisches Museum, Vilnius
Rikola-Gunnar Lüttgenau – Gedenkstätte Buchenwald
Thomas Lutz – Topographie des Terrors, Berlin
Jantien van der Meer – Ministry of Welfare Netherlands, Utrecht
Günter Morsch – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Oranienburg
Marcello Pezzetti – Jüdisches Dokumentationszentrum, Mailand
Jan Erik Schulte – Kreismuseum Wewelsburg
Avner Shalev – Yad Vashem, Jerusalem
Stephen D. Smith – Beth-Shalom Holocaust Centre, Laxton
Johanna Westphal – International Council of Museums, Deutschland
Christl Wickert – KZ-Gedenkstätte Neuengamme

*Dr. Jan Erik Schulte
arbeitet als wissen-
schaftlicher Volontär
im Kreismuseum
Wewelsburg.*